

Karl-Heinz Reuband*

Bekundete und reale Offenheit im Interview

Eine empirische Analyse des Zusammenhangs von Verweigerungshaltung und Antwortverhalten

1. Offenheit im Interview und Datenqualität

In der Vergangenheit sind zur Bestimmung der Offenheit im Interview entweder externe Quellen herangezogen worden oder Angaben des Befragten zur eigenen *Bereitschaft*, sich im Interview offen zu äußern. Diese Angaben hat man z. T. unter einer relationalen Perspektive interpretiert, um die Rangfolge sensibler Themen zu identifizieren. Man hat sie andererseits aber auch zur Schätzung der *absoluten* Verbreitung von Offenheit verwendet. Folgt man dieser Auslegung und betrachtet die Daten unter dieser Perspektive, so müßte man bei einer ganzen Reihe von Themen mit erheblichen Verzerrungen rechnen: Je nach Thema schwankt die Bereitschaft zur offenen Meinungsäußerung zwischen einer Minderheit und einer Mehrheit der Befragten (vgl. u. a. Scheuch 1973: 118 ff., FORSA 1988: 13, Leiblein und Klass 1990: 259 ff.). Und dabei kann man nicht einmal sicher sein, ob man das Ausmaß der ehrlichen Beantwortung nicht überschätzt: Mancher Befragter mag sich abstrakt für eine Offenlegung eigener Einstellungen aussprechen und sich in der konkreten Situation konträr dazu verhalten. Handeln, so hatte einst William I. Thomas (1965) betont (und dies wurde später u. a. im Rahmen der Forschung über Einstellung und Verhalten bestätigt), ist eben immer ein Resultat motivationaler und situationsspezifischer Einflüsse. Welche dieser beiden Einflußgrößen stärker wiegt, ist eine empirische und keine theoretisch von vornherein beantwortete Frage.

Im folgenden soll geprüft werden, inwieweit die bekundete Bereitschaft zur offenen Meinungsäußerung im Interview etwas über das eigene Handeln aussagt. Dabei nehmen wir das Verhalten inner-

halb des gleichen Interviews als Maßstab. Als empirische Basis dient uns eine bundesweite repräsentative mündliche Befragung der Gesamtbevölkerung mit N=987 Befragten im Alter von 18 Jahren an aufwärts von Dezember 1987. Die Befragung stützt sich auf eine Randomstichprobe, die Durchführung lag bei GETAS¹).

2. Die themen- und adressatenspezifische Bereitschaft zur offenen Meinungsäußerung

Ob Individuen Informationen über sich und andere preisgeben oder nicht, ist – wie aus verschiedenen Untersuchungen bekannt ist – zunächst einmal eine Funktion der Beziehung zum Adressaten und der angesprochenen Thematik: Engeren Freunden z. B. werden in der Regel eher Informationen übermittelt als weiter entfernten Bekannten, und gegenüber Institutionen werden ebenfalls sehr wohl Unterschiede getroffen (vgl. u. a. Scheuch 1965, Reuband 1971, Bick und Müller 1981). Welchen Stellenwert in diesem Zusammenhang die Umfrageforschung einnimmt, ist ungeklärt. Die bisherigen Studien zur Informationsvermittlung klammern sie – als einen Sonderfall im Geflecht interpersonalen und institutionalen Informationsaustausches im Alltag – in der Regel aus.

Die hier herangezogene Untersuchung geht der Frage nach der Informationsvermittlung anhand ausgewählter Themen und Rollenbeziehungen nach. Als Adressaten der Kommunikation wurden Freunde und Nachbarn einerseits, Statistische Ämter und die Umfrageforschung andererseits aufgeführt. Als Themen wurden vorgegeben: Einkommen, Krankheiten, Parteipräferenz und Vorstrafen. Je nach Thema wird eine unterschiedlich starke subjektive Affinität zum Befragten hergestellt. Fragen zum Einkommen und zur Partei-

präferenz betreffen prinzipiell jeden, Fragen zu Vorstrafen berühren nur jene unmittelbar, die selbst Vorstrafen haben. Die Frage nach den Krankheiten nimmt eine Sonderstellung ein: sie betrifft eine breite Palette möglicher Krankheitsformen – von trivialen, gesellschaftlich nicht tabuisierten (wie Grippe) bis zu solchen, deren Eingeständnis die Gefahr moralischer Empörung heraufbeschwört (wie Geschlechtskrankheiten) oder gar im Interaktionspartner das Gefühl der persönlichen Bedrohung hervorrufen könnte (wie AIDS). Vermutlich wird es deshalb je nach Krankheit ganz erhebliche Unterschiede in der Bereitschaft zur Offenlegung geben. Die erhaltenen Werte geben deshalb nur einen groben Durchschnittswert wieder.

Die Ergebnisse zur bekundeten Offenheit sind in Tabelle 1 dargestellt. Danach gibt es über alle Rollenbeziehungen hinweg eine Hierarchie der Themen, ebenso wie es über Themen hinweg eine Hierarchie der Beziehungen gibt: Krankheiten und Parteipräferenz gelten als weniger privat und verheimlichenswert als das Einkommen und die Vorstrafen. Freunden ist man – im Einklang mit den Vorstellungen von der Freundesrolle (vgl. u. a. Naegele 1958, Wright 1970) – am häufigsten gegenüber offen, am wenigsten gegenüber den Nachbarn. Schließlich kann man sich den Nachbarn nicht entziehen, das bei Freunden gegebene Moment der Wahlfreiheit fehlt. Unter diesen Umständen erscheint es als funktional, sich selektiv zu verhalten.

Die Umfrageforschung erfährt im Kontext der vorgelegten Adressaten eine *mittlere* Bewertung: Ihr gegenüber ist man häufiger zur Preisgabe privater Informationen bereit als gegenüber staatlichen Einrichtungen (wie Statistischen Ämtern) oder Nachbarn. Gemessen an der Offenheit gegenüber Freunden ist die Stellung etwas schlechter, doch sind die Unterschiede bei den meisten Themen minimal: Sie belaufen sich auf wenige Prozentpunktunterschiede. Damit kann man sich im Fall der Umfrageforschung, die durch den Kontakt zwischen Fremden gekennzeichnet ist, auf eine relativ gute Ausgangsbasis stützen.

Doch wie ist die Bereitschaft im einzelnen? Nimmt man die Angaben zur prinzipiellen Bereitschaft, private Informationen preiszugeben, so trifft man – absolut gesehen – auf z. T. erhebliche Barrieren: Zwischen 30 % und 39 % der Befragten geben an, sie würden Interviewern nichts über ihr Einkommen und Vermögen, Krankheiten oder ihre Parteipräferenz sagen. 59 % würden vorhandene Vorstrafen nicht eingestehen. Verhaltensweisen, die gesamtgesellschaftlich mißbilligt und strafrechtlich geahndet werden, scheinen

*Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln

galen Drogen in Form des Haschischkonsums).

Betrachten wir als erstes die Bereitschaft zur Offenlegung der Parteipräferenz. Rund 30 % der Befragten bekunden hier, sie würden sich dazu nicht äußern. Wenig später nach der Partei befragt, die sie im Falle einer nächsten Bundestagswahl wählen würden, liegt die Quote der Verweigerer jedoch erheblich niedriger. Statt 30 % sind es nur noch 11 %, die verweigern. Weitere 11 % sagen von sich, sie wüßten es noch nicht, und 0,4 %, die aus anderen Gründen mit keiner Antwort vermerkt sind. Untergliedert man die Daten nach der zuvor geäußerten Bereitschaft zur Offenheit, so zeigt sich deutlich, daß bekundetes und reales Verhalten nicht ein und dasselbe sind (Tabelle 2). Selbst unter denen, die zunächst angeben, sie würden ihre Parteipräferenz nicht angeben, verweigern lediglich 28 % und geben sich 17 % unentschieden. Die Mehrheit dieser Befragten bekennt in der konkreten Entscheidungssituation sehr wohl eine Parteipräferenz.

Ob sich ein Teil der Befragten statt für eine offene Verweigerung für eine verdeckte in Form anderer Parteipräferenzen entscheidet, muß hierbei offen bleiben. So fällt auf, daß die „Verweigerer“, die dann doch eine Parteipräferenz äußern, häufiger als die übrigen Befragten die CDU/CSU gegenüber der SPD präferieren. Es kann nicht ganz ausgeschlossen werden, daß sich ein Teil dieser Befragten in der Situation des Interviews an der wahrgenommenen Mehrheitsmeinung, inferiert über die regierende Partei, orientiert und diese als eigene Präferenz bekundeten. Sie würden sich damit „konformer“ geben, als sie es realiter sind. Wenn es solche Befragten geben sollte, so stellen sie vermutlich jedoch nur eine kleine Minderheit dar: Nimmt man die unterschiedlich geartete Rangordnung von CDU und SPD in den beiden Teilgruppen als Maßstab, so fallen die Differenzen verhältnismäßig gering aus, sie belaufen sich auf wenige Prozentpunkte.

Die Diskrepanz zwischen Sagen und Tun ist nicht auf die Parteipräferenz beschränkt, sie wiederholt sich bei der Darlegung der Einkommensverhältnisse (Tabelle 3): Angaben zum Einkommen und Vermögen würden in einem Interview nach eigenem Bekunden 39 % nicht treffen. Später sind es jedoch lediglich 7 %, die Aussagen zum Haushalts-Nettoeinkommen verweigern. Unter denen, die sich einst zu Verweigerern erklärten, sind letztlich nur 12 % tatsächlich Verweigerer. Einmal mehr scheint die zunächst bekundete, abstrakte Ablehnung „privater“ Fragen mehrheitlich einem akzeptierenden Umgang zu weichen.

Doch wie sieht es mit Daten aus, die be-

sonders sensibel sind und bei denen die Bereitschaft zur Geheimhaltung am größten ist – etwa Fragen zu Vorstrafen? Was bei Fragen der Parteipräferenz oder dem Einkommen nicht zutreffen mag, könnte sich hier auswirken. In Ermangelung von Fragen zu Vorstrafen nehmen wir das Eingeständnis von abweichendem Verhalten im Interview als Kriterium: Je niedriger die Quote liegt, desto eher vermuten wir eine Geheimhaltung. Erneut macht es praktisch *keinen* Unterschied, ob die Bereitschaft zum Eingeständnis von Abweichung vorher bejaht oder verneint wurde: Bei allen vorgegebenen Delikten unterscheiden sich die beiden Kategorien von Befragten praktisch nicht voneinander (Tabelle 4).

Man könnte einwenden, es handele sich möglicherweise um eine bloße Scheinbeziehung: Unter Umständen ist gerade in jenen sozialen Kategorien der Wille zur Verheimlichung besonders weit verbreitet, in denen im Hinblick auf die hier betrachteten Delikte die Rate der Delinquenzserfahrung – wie z. B. bei den Jüngeren – überproportional hoch ist. Überprüft man diese Annahme, indem man das Alter und die Schulbildung als Kontrollvariable heranzieht, so spricht nichts für die Richtigkeit dieser Vermutung, das Antwortverhalten bleibt in seinem Grundmuster bestehen. Dieser Befund ist um so bemerkenswerter, als sich hier – anders als im Fall der Parteipräferenz oder des Einkommens – eine Neigung zur Verheimlichung oder Fehlangaben (im Sinne vermeintlicher Konformität) als Möglichkeit der Ausflucht nicht bietet. Wenn die Devianz verheimlicht wird, dann muß sich dies in Form einer niedrigeren Devianzrate ausdrücken, andere Antwortkategorien über die Bejahung bzw. Verneinung hinaus stehen nicht zur Verfügung.

4. Schlußbemerkungen

Die Realität des Antwortverhaltens sieht für das Instrumentarium der Umfrageforschung günstiger aus, als man es aufgrund der Äußerungen der Befragten zunächst erwarten würde. Viele Befragte äußern sich reservierter über ihre Antwortbereitschaft, als sie sich in der Situation, in der sie den entsprechenden Fragen ausgesetzt sind, tatsächlich verhalten. Die meisten, die zunächst keine Auskünfte erteilen wollten, geben schließlich doch noch eine substantielle Antwort. Der Pessimismus bezüglich der Datenqualität, der sich einstellt, wenn man sich nur an den Bekundungen zur Kooperation orientiert, ist beim näheren Hinsehen nicht gerechtfertigt. Offenbar macht es einen entscheidenden Unterschied, ob abstrakt nach einem Antwortverhalten in fiktiven Situationen gefragt wird oder ob sich der einzelne in der konkreten Handlungssituation befindet und

einem gewissen Handlungsdruck ausgesetzt ist. Dabei muß der Befragte nicht einmal notwendigerweise eine Diskrepanz zwischen Willensäußerung und realem Antwortverhalten erleben. Womöglich ist hier allein entscheidend, daß die Institution der Umfrageforschung in der konkreten Situation durch eine Person – den Interviewer – repräsentiert wird und dieser eine Bindegliedsfunktion zwischen der abstrakten Institution der Umfrageforschung und der Interviewersituation einnimmt! Mißtrauen, das der Institution der Umfrageforschung entgegengebracht wird, wird so durch Vertrauen in den Interviewer in gewissem Umfang kompensiert und etwaige Verheimlichungsneigungen neutralisiert. Darüber hinaus entwickelt sich womöglich eine Art von Verpflichtungscharakter aus der Beziehung selbst; der Befragte äußert sich gemäß der an ihn gerichteten Erwartungen. Die Interviewersituation entwickelt mithin eine eigene Dynamik, die aus den Einstellungen, die vom Befragten in die Situation eingebracht werden, nur zum Teil erklärt werden kann.

Anmerkungen:

1. Die Umfrage wurde am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, durchgeführt. Der eine Teil – zu dem auch die Fragen zur Offenheit im Interview zählen – wurde im Rahmen des Begleitobjekts zur Volkszählung vom Statistischen Bundesamt finanziert (Projektleiter: Prof. Dr. E. K. Scheuch, Bearbeiter: S. Kühnel und L. Gräf). Der andere Teil – zu dem die Deliktsfragen gehören – wurde im Rahmen einer vom Verfasser durchgeführten Studie durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Köln) finanziert.
2. Die hier verwendete Frageformulierung zur Messung der Einstellung zur Umfrageforschung lautet: „Auf dieser Liste stehen nun einige Aussagen zu Meinungsumfragen. Sagen Sie mir bitte zu jeder dieser Aussagen, ob Sie: voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ Antwortkategorien: „Durch Umfragen erfährt man, was die Bevölkerung wirklich denkt“, „Aus den Ergebnissen einer Umfrage kann jeder das herauslesen, was er gerade für seine eigenen Zwecke braucht“, „Umfrageergebnisse helfen staatlichen Stellen bei den Planungen für die Zukunft“, „Bei Umfragen wird oft etwas gefragt, was niemanden angeht“.
3. Zu ähnlichen Befunden im Kontext anderer Indikatoren zur Kooperationsbereitschaft siehe auch Esser (1973).

Literatur:

- FORSA: Dorfman in Deutschland. Erfahrungen und Meinungen der Bürger. Dortmund 1988
- Bick, W., und P. J. Müller: Informationssysteme und Informationsverhalten. BMFT Forschungsbericht ID-79.01. Bonn-Bad Godesberg 1979
- Esser, H.: Kooperation und Verweigerung beim Interview, in: Erbslöh, E., H. Esser, W. Reschka und D. Schöne, Studien zum Interview. Meisenheim am Glan 1973, S. 69–141
- Leiblein, A., und Klass, J.: Die Akzeptanz von Umfragen, in: Planung und Analyse 1990, S. 259–262
- Naegele, K. D.: Friendship and acquaintances. An exploration of some social distinctions, in: Harvard Educational Review 28, 1958, S. 232–252
- Reuband, K. H.: Die Bedeutung der Primärumwelten für das Wahlverhalten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 23, 1971, S. 544–567
- Scheuch, E. K.: Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten, in: E. K. Scheuch und R. Wildenmann (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl. Köln und Opladen 1965, S. 169–214
- Scheuch, E. K.: Das Interview in der empirischen Sozialforschung, in: R. König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 2, Teil 1, 3. Auflage, Stuttgart 1973, S. 66–190
- Thomas, W. I.: Person und Sozialverhalten. Herausgegeben von E. H. Volkart. Neuwied und Berlin 1965
- Wright, D.: What is friendship?, in: New Society, No. 394, 1970, S. 632–634

danach am häufigsten einer Verheimlichungstendenz zu unterliegen. Aber auch bei den weniger sensitiven Themen – wie der Parteipräferenz – ist die Bereitschaft zur Preisgabe von Informationen offenbar noch in nennenswertem Maße eingeschränkt. Die Qualität der zu erwartenden Angaben könnte in erheblichem Maße beeinträchtigt sein.

Weitere Analysen weisen darauf hin, daß die Bereitschaft zur Offenheit im Interview sowohl als Ausdruck einer spezifischen Orientierung gegenüber der Umfrageforschung als auch als Reflex der alltäglichen sozialen Interaktionsbezüge zu deuten ist. Wer den Nutzen der Umfrageforschung nicht zu erkennen vermag, der ist eher gewillt, sich im Interview unkooperativ zu geben²⁾. Aus dieser Sicht muß jede Verbesserung oder Verschlechterung des Images der Umfrageforschung unmittelbare Auswirkungen nicht nur auf die Teilnahme an Umfragen überhaupt, sondern ebenfalls auf die Datenqualität haben. Zugleich zeigt sich, daß die Bereitschaft zur Offenheit im Interview positiv mit der Bereitschaft korreliert, ganz allgemein private Einstellungen und Verhaltensmuster offenzulegen. Je weniger jemand bereit ist, seinen Freunden oder seinen Nachbarn die eigene Parteipräferenz, das Einkommen oder die eigenen Vorstrafen mitzuteilen, desto weniger ist er auch gewillt, diese Angaben im Interview zu treffen. Veränderungen im Vertrauen zu den Angehörigen der eigenen Umwelt müßten aus dieser Perspektive Auswirkungen auf die Validität von Interviewangaben haben.³⁾

3. Handlungsintentionen und Handlungsrealisation

Wie sehr kann man nun die Angaben über die Bereitschaft zur Offenheit als Maßstab für *tatsächliches* Verhalten nehmen? Um diese Frage zu beantworten, setzen wir die geäußerten Handlungsintentionen mit dem späteren Verhalten im Interview in Beziehung. Die Bereitschaft zum Eingeständnis des Einkommens können wir dabei an den Antworten zur Einkommensfrage auf ihre Aussagekraft überprüfen, die Bereitschaft zum Eingeständnis der Parteipräferenzen an der „Sonntagsfrage“ zum Wahlverhalten. Die Frage nach dem Eingeständnis von Vorstrafen findet kein Analogon in der verwendeten Umfrage, doch können wir – so wir die Frage als Indiz für die allgemeine Bereitschaft werten, abweichendes und strafrechtlich geahndetes Verhalten einzugestehen – an dieser Stelle auf andere Indikatoren zurückgreifen: solche, welche die Begehung abweichender und strafrechtlich sanktionierter Delikte anzeigen (Erschleichen von Leistungen, Schwarzfahren und der Konsum von ille-

Tab. 1: Absicht, persönliche Angaben zu verschiedenen Themen in jeweils unterschiedlichen Kontexten zu verheimlichen (in Prozent)

Verheimlichung von	Sozialer Kontext			
	Freunde	Umfrage	Stati. Amt	Nachbarn
Krankheiten	20	33	47	52
Parteipräferenz	23	30	46	56
Einkommen	37	39	48	78
Vorstrafen	49	59	60	84

Frageformulierungen: „Es gibt ja Informationen über einen selbst, die man ganz streng vertraulich behandeln wissen möchte, und es gibt persönliche Daten, bei denen man keinerlei Bedenken hat, daß auch andere darüber Bescheid wissen. Wie ist das bei Ihnen? Was von dieser Liste würden Sie Ihren Freunden in gar keinem Fall sagen wollen?“ (Danach in gleicher Weise weiterfragen: „Was würden Sie Ihren Nachbarn auf keinen Fall sagen wollen?“, „Und wie ist das bei statistischen Ämtern?“, „Und bei wissenschaftlichen Umfragen?“)
Antwortkategorien: „Meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse“, „Meine Krankheiten“, „Wenn ich Vorstrafen hätte“, „Welche Partei ich wähle“

Tab. 2: Angegebene Parteipräferenz nach Bereitschaft, die Parteipräferenz im Interview einzugestehen (in Prozent)

Parteipräferenz	Eingestehen	
	Ja	Nein
CDU/CSU	34	20
SPD	39	18
FDP	7	4
Grüne	5	3
Andere	1	1
Würde nicht wählen	4	9
Verweigerung	3	28
Weiß nicht, keine Angabe	9	17
(N =)	100 (297)	100 (662)

Frageformulierung: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“

Tab. 3: Angegebenes monatliches Haushalts-Nettoeinkommen nach Bereitschaft, das Einkommen im Interview einzugestehen (in Prozent)

Haushalts-einkommen	Eingestehen	
	Ja	Nein
Kein Einkommen unter 1 000 DM	3	10
1 000–2 000 DM	4	5
2 000–3 000 DM	24	19
3 000–4 000 DM	31	27
4 000 DM +	16	13
Keine Angabe	18	14
(N =)	100 (576)	100 (383)

Frageformulierung: „Sagen Sie mir bitte, wie hoch das Netto-Monats-Einkommen des Haushaltes insgesamt ist. Also die Summe, die nach Abzug der Steuern und Abgaben für die Sozial- und Krankenversicherung in Ihrem Haushalt insgesamt verbleibt.“

Tab. 4: Selbstberichtete Delikte nach Bereitschaft, Vorstrafen im Interview einzugestehen (Mehrfachnennungen in Prozent)

Delikt jemals im Leben	Vorstrafen eingestehen	
	ja	nein
Mit öffentlichen Verkehrsmitteln „schwarzfahren“	30	31
Erschleichen von Leistungen	28	32
Haschischgebrauch	9	8
(N =)	(376)	(583)

Aufgeführt ist jeweils der Anteil für Begehung der Delikte jemals im Leben, der nicht aufgeführte Rest besteht aus Personen, die ein Delikt verneinen, und solchen ohne Angaben.
Frageformulierungen Delikte: „Haben Sie sich schon einmal in ein Kino, eine Konzert-, Sport- oder sonstige Veranstaltung ‚hineingeschmuggelt‘, ohne dafür zu bezahlen?“; „Sind Sie schon einmal absichtlich ohne Fahrschein mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie Bus oder Bahn gefahren?“; „Haben Sie schon mal Haschisch probiert?“ (Falls nein): „Ich meine auch solche Fälle, wo Sie etwas nur ein- oder zweimal ausprobiert haben und meinten, es würde sich um Haschisch handeln. Das Mittel selbst muß nicht unbedingt auch Wirkungen gezeigt haben. Ist das schon mal vorgekommen?“